

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN NRW

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN NRW · Oststraße 41-43 · 40211 Düsseldorf

Bisexuelles Netzwerk e. V.

26.04.2022

Antwort auf Ihre Anfrage vom 30.03.2022

Frage 1

Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt? Wenn ja, wer? (Es geht um bereits geoutete Personen. Und ob Sie geoutete Bisexuelle wahrnehmen. Es geht nicht darum „eine Liste zu führen“)

Antwort

Unsere Grüne Bundesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Ricarda Lang ist die erste offen bisexuelle Politikerin im Bundestag. Über weitere Parteimitglieder können wir aus persönlichkeitsrechtlichen Gründen leider keine Angaben machen.

Frage 2

Welche Maßnahmen – speziell für bisexuelle Menschen – planen Sie im Gesundheitssystem umzusetzen?

Antwort

Das diskriminierende Blutspendeverbot für homo- und bisexuelle Männer sowie für transgeschlechtliche Personen wollen wir aufheben.

Frage 3

Wie wollen Sie fördern, dass Schüler*innen ganz konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Antwort

Auf Bundesebene werden wir uns gemeinsam mit den Ländern dafür einsetzen, dass sich geschlechtliche Vielfalt und Diversität in den Lehr- und Bildungsplänen wiederfinden.

Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind eine Realität im Alltag vieler Menschen, auf der Straße, im Netz und in Institutionen. Diese Art der Diskriminierung macht vor unseren Schulen nicht Halt. Deswegen müssen Schüler*innen und Lehrkräften für Hass, Hetze und sexualisierte Gewalt – gerade im Netz – sensibilisiert werden.

Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und „Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie“ und andere Antidiskriminierungsprogramme und Programme, die die gesellschaftliche Vielfalt fördern, werden wir ausbauen und an strengere und umfangreichere Kriterien binden, die Rassismus und Diskriminierung nachhaltig entgegenwirken.

Frage 4

Welche bi-spezifischen Schwerpunkte wollen Sie in Zukunft hier unterstützen?

Antwort

Wir wollen dem Phänomen des „Bi-Erasure“ entschieden entgegenzutreten. Bei uns werden Bisexuelle nicht nur mitgemeint, sondern immer auch mitbenannt. Für uns sind sie selbstverständlicher Teil der Community. Wir brauchen mehr Empowerment und Aufklärung über Bisexualität, nicht nur am Bisexual Visibility Day am 23. September.

Frage 5

Welche Möglichkeiten werden Sie in Zukunft nutzen, um die Forschung zum Thema Bisexualität voranzutreiben?

Antwort

Für die echte Chancengleichheit von Frauen und Männern benötigen wir Forschung zum Thema Geschlechtergerechtigkeit. Wir möchten daher den Wissenschaftsbereich der Gender Studies fördern und ausbauen, um große Erkenntnislücken endlich zu schließen und wissenschaftlich fundiert Politik zu machen. Für uns hört es bei dieser Binarität aber nicht auf, denn auch nicht-heterosexuelle und nicht-cisgeschlechtliche Lebensweisen müssen besser untersucht werden, um passgenaue Politik machen zu können.

Frage 6

Welche vergleichbaren Aktionen können Sie sich vorstellen? Wie werden Sie sich dafür einsetzen?

Antwort

Wir wollen queere Jugendarbeit nachhaltig fördern. Hier wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die ländlichen Räume und eine Intersektionalität legen. Die Arbeit von queeren Zentren und Jugendzentren muss überregional gedacht und im Landesförderplan langfristig abgesichert werden, da diese einen Anlaufpunkt für queere Menschen in den Regionen bilden.

Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen sich viele Menschen im Alter. Pflege muss die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention erfüllen, kultur- und LSBTIQ*-sensibel ausgerichtet sein. Das Angebot ist aber vielfach noch geprägt durch Großheime. Anstatt sie weiter auszubauen, setzen wir auf Alternativen wie Wohn- und Hausgemeinschaften mit einem umfassenden Pflegeangebot und neuen Versorgungsformen im Quartier. Über den Ausbau ambulanter Pflege sowie der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege und Angebote wie Quartierstützpunkte oder Nachbarschaftszentren sichern wir Pflege rund um die Uhr ab. So entlasten wir auch pflegende Angehörige, die noch immer den Großteil der Pflege und Unterstützung erbringen.

Frage 7

Wie wollen Sie konkret auf menschenrechtsfeindliche Äußerungen und Gruppierungen reagieren? Und wie schützen Sie Bisexuelle vor Hassgewalt?

Antwort

Wir streiten seit unserer Gründung dafür, dass Lesben, Schwule, bisexuelle, trans*, inter*, nicht binäre und queere Menschen (LSBTIQ*) mit und ohne Fluchtgeschichte in NRW selbstbestimmt, ohne Ausgrenzung und Angst leben können. Vielfalt ist gelebter Alltag in unserem Land und die

vielen CSDs und Pride-Demonstrationen haben längst einen festen Platz in unserer Gesellschaft. Trotzdem gehören Ausgrenzung und Diskriminierung für viele queere Menschen zu ihren alltäglichen Erfahrungen. Deshalb werden wir Betroffenen und Verbänden das Recht geben, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen. Das schreiben wir in einem Landesantidiskriminierungs-gesetz fest. Wir stärken queeres Leben und die Vielfalt unserer Zivilgesellschaft, indem wir den „Aktionsplan für queeres Leben“ weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Er sorgt für Gleichstellung durch Aufklärung, Bildung und Schutz, soll in allen Ministerien umgesetzt und als Querschnittsaufgabe dauerhaft verankert werden. Wir bauen das Angebot von niedrig-schwelliger und intersektionaler Beratung, Koordination, Kinder- und Jugendarbeit, Senior*innenarbeit, psychosozialer Beratung und Selbsthilfegruppen aus und stärken es. Insbesondere auch jenseits der großen Städte wollen wir Angebote schaffen und bestehende finanziell absichern. Wir unterstützen das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement der queeren Community und werden es auch langfristig finanziell besser unterstützen. Außerdem legen wir ein wirksames Konzept für die Bekämpfung von Hasskriminalität vor. Dazu gehören fachlich qualifizierte und lokal verankerte Kontaktstellen für LSBTIQ*, die Opfer von Hasskriminalität und Gewalt geworden sind, und verpflichtende Fortbildungen in der Polizei zur Sensibilisierung zu LSBTIQ*-Themen und Hassverbrechen. Die Geschichte der Diskriminierung und Verfolgung queerer Menschen in unserem Land werden wir aufarbeiten, Opfer entschädigen und Orte der Erinnerung schaffen.

Jeder Mensch, der von Gewalt betroffen oder bedroht ist, muss in NRW Unterstützung und Schutz finden. Für genderqueere Personen wollen wir eine passgenaue Unterstützung schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes Personal gewährleistet wird. Präventive Täterarbeit bauen wir aus. Wir wollen ein starkes Bündnis gegen Sexismus. Die gerichtsverwertbare vertrauliche Beweissicherung setzen wir flächendeckend, wohnortnah um. Für trans* Frauen muss der Zugang zu Frauenhilfestrukturen sowie ihr Schutz in diesen gewährleistet werden. Außerdem setzen wir bei Polizei und Justiz Schwerpunkte bei der effektiven Bekämpfung von Gewalttaten gegen Frauen und queere Personen. Das beinhaltet schnelle Ermittlungen, schnelle Strafverfahren und eine bessere Bewertung von Risikofällen.

Frage 8

Wie werden die Menschenrechte von Ihrer Partei künftig beachtet und welche Maßnahmen werden Sie dafür einleiten um

- o Verbesserung der Blutspenderegulungen zu erreichen?
- o Trans*/Inter*-Rechte sicherzustellen?
- o den Schutz im Grundgesetz zu verankern?
- o gemeinsame Elternschaft anzuerkennen?

Antwort

Gegen LSBTIQ* gerichtete Hasskriminalität werden wir entschieden bekämpfen und ahnden. Das diskriminierende Blutspendeverbot für homo- und bisexuelle Männer sowie für transgeschlechtliche Personen wollen wir aufheben.

Mit einem Selbstbestimmungsgesetz werden wir auf Bundesebene dafür sorgen, dass das überholte Transsexuellengesetz endlich aufgehoben wird und die Berichtigung des Geschlechtseintrages und des Namens unkompliziert vorgenommen werden kann. Den Anspruch auf Kostenübernahme für medizinische körperangleichende Maßnahmen wollen wir gesetzlich verankern.

Den fortbestehenden gesetzlichen Diskriminierungen wollen wir mit der Ergänzung der „sexuellen Identität“ in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes auf Bundesebene entgegenreten.

Wir werden einen bundesweiten Aktionsplan „Vielfalt leben!“ für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vorlegen mit dem Ziel, LSBTIQ* gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu garantieren. Dazu gehört auch eine langfristige Strukturförderung der LSBTIQ*-Verbände, -Organisationen und -Stiftungen.

Mit der Weiterentwicklung des „kleinen Sorgerechts“ hin zu einer elterlichen Mitverantwortung, die auf Antrag beim Jugendamt auf bis zu zwei weitere Erwachsene übertragen werden kann, geben wir allen Beteiligten mehr Sicherheit. Zwei-Mütter-Familien sollen nicht mehr das Stiefkindadoptionsverfahren durchlaufen müssen. Deshalb wollen wir auf Bundesebene das Abstammungsrecht so reformieren, dass die Co-Mutter analog zu Vätern in heterosexuellen Ehen automatisch als zweites rechtliches Elternteil gilt.